ne solche Macht, die es zum Die Art, wie die Vereinig- en, wird die Geschichte der

Fleißiges, kräftiges
Mädchen
Zimmer und Hausarbeit 15. März gesucht.
Frau **A. Arnold,**
hömberg, OA. Neuenbürg.

usfrau

Preise
are
%
Wtw.

Neuenbürg.
Morgen

Schlachtpartie
bei
arl Scholl z. „Traube".

Birkenfeld.
Einen guterhaltenen
Backofen
zu verkaufen
Schnürle b. d. „Sonn".

Obernhausen.
Ein gebrauchtes
Tafelklavier
zu verkaufen; 150.— M.
billiger.
Otto Bodamer.

Dobel.
Zugelaufen
langhaariger **Schnauzer.**
zuholen gegen Futtergeld
Einrückungsgebühr bei
Jakob Bischer,
Holzhandlung.

Bezugspreis:
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeld. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, auswärts 20 Goldpfg., Reklame-Zeile 50 Goldpfg. m. Ins.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 47. Donnerstag, den 26. Februar 1925. 83. Jahrgang.

Deutschland.

München, 25. Febr. Ein Vertreter des sozialdemokratischen Wahlverbandes Niederbayern hat eine Entschließung angenommen, in der die Haltung des Parteivorstandes im Barmatskandal scharf getadelt wurde. Sie habe alle Hoffnungen der Sozialdemokraten enttäuscht. Es wird ein scharfes Vorgehen gegen alle jene Parteimitglieder verlangt, die in Barmats Diensten standen, Gelder oder Liebesgabenpakete von Barmat angenommen haben, und es wird ferner der Ausschluß aller dieser Mitglieder aus der Partei, ohne Ansehen von Rang oder Stellung gefordert.

Berlin, 25. Febr. Die Voruntersuchung gegen Kutisker ist abgeschlossen. Der Antrag des Staatsanwalts an die Eröffnungskammer des Landgerichts wird in den nächsten Tagen abgehen. Kutisker hat den größten Teil der ihm zur Last gelegten Straftaten zugestanden, jedoch die Absicht des Betrugs verneint. In der Barmatuntersuchung dauern dagegen immer noch die Zeugenvernehmungen fort und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Für den schwerkranken Postminister a. D. Höfle ist inzwischen ein Antrag auf Aussetzung der Haft bei der Staatsanwaltschaft eingegangen, der von ärztlicher Seite, darunter auch vom Gerichtsarzt, unterstützt worden ist.

Berlin, 25. Febr. Die diesjährigen Delegiertenwahlen zur Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes brachten einen Sieg der Sozialdemokraten. Während im vorigen Jahr die Kommunisten eine Mehrheit von rund 200 Stimmen verzeichneten, blieben sie diesmal um 2350 Stimmen hinter der Sozialdemokratie zurück, die 7000 Stimmen erreichte und auf der Generalversammlung eine klare Mehrheit haben wird. — Die Reichsregierung hat den deutschen Gesandten in Stockholm, Dr. von Rosenberg, beauftragt, der schwedischen Regierung ihr Beileid zum Ableben Brantings auszusprechen. — Der Vorsitzende des Völkerbundsrats, Mello Franco, gab in einem Telegramm an die schwedische Regierung der Trauer des Völkerbunds um Branting Ausdruck.

Vom Finanzausschuß.

Stuttgart, 24. Febr. Der Ausschuß für Verwaltung und Wirtschaft des Landtags behandelte heute den Antrag der Frau Abgeordneten Planck (Dem.), dem Landtag baldigst ein Hebammengesetz vorzulegen. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die Ausbildung und Fortbildung der Hebammen nicht durch Gesetz geregelt werden sollte, sondern wie bisher durch Statut festgelegt werden müsse. Die Ausbildung der Hebammen auch in der Säuglingspflege sollte beibehalten und womöglich vertieft werden. Ebenso müsse die Ausbildung eine hinreichende sein. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß eine Ausbildungszeit von zwölf Monaten das richtige treffe. Die verschiedensten wirtschaftlichen Mißstände bei den Hebammen lassen sich u. a. dadurch beheben, daß die Gemeinden den Hebammen wenigstens ein ausreichendes Wartegeld geben. Vertreter der Sozialdemokratie sprachen sich für eine gesetzliche Regelung aus, da sie der Ansicht sind, daß dies zur Beruhigung der Gemeinden wie der beteiligten Kreise diene, zumal wenn der Landtag beschließe, daß die Sache durch Gesetz geregelt werden solle. Ein Mitglied des Zentrums weist darauf hin, daß die gesetzliche Regelung in Preußen bei den Hebammen sowohl wie bei den Frauen sehr enttäuscht habe und daß deshalb Vorsicht geboten sei. Den Hebammen müsse geholfen werden. Aber das könne auch auf dem Verordnungswege geschehen. Sympathisch, wenn die Hebammen sich auch mit Mutter- und Säuglingsschutz beschäftigen und in dieser Beziehung ausgebildet würden. Dringend notwendig sei eine genügende Altersversorgung und erwünscht sei eine entsprechende Berufsvertretung. Mitglieder der Bürgerpartei, des Bauernbundes, sowie ein Mitglied der Deutschvölkischen und ein weiteres Mitglied des Zentrums sprechen sich gegen die gesetzliche Regelung aus. Der Antrag Planck wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Kommunisten abgelehnt, ebenso ein Antrag Emilie Hiller—Heymann (Soz.), einen Gesetzentwurf zur Ordnung des Hebammenwesens vorzulegen in dem folgende Fragen in Zusammenhang und in rechtsverbindlicher Form geregelt werden: 1. Ausbildung der Hebammen und Voraussetzung der Erteilung der Genehmigung zur Berufsausbildung, 2. Anstellungsverhältnisse der Hebammen in den Gemeinden, Amtskörperschaften und staatl. Anstalten, 3. die den Hebammen ihres Berufes obliegenden Verpflichtungen, 4. die den Hebammen in einzelnen Fällen ihrer Inanspruchnahme zustehenden Gebühren, 5. die im Interesse einer wissenschaftlichen Fortbildung der bereits amtierenden Hebammen von Staat-, Amtskörperschaft und Gemeinde zu treffenden Einrichtungen, 6. Versorgungsansprüche der Hebammen, in Fällen der durch Alter oder Invalidität eintretenden Unfähigkeit zur Berufsausbildung, sowie in Fällen unzureichenden Einkommens aus ihrer hauptberuflichen Beschäftigung. Einstimmig wurde dagegen ein Antrag Rist-Küchle-Dangel (Str.) angenommen, dem sich auch Vertreter der anderen Fraktionen anschlossen, dahingehend, 1. die Ausbildungszeit der Hebammen auf zwölf Monate zu erweitern, 2. für die Weiterbildung der Hebammen Fortbildungskurse an der Landeshebammenschule einzurichten, sobald die räumlichen Verhältnisse in der Anstalt es gestatten, 3. für eine wirtschaftliche Sicherstellung und ausreichende Altersrente der Hebammen zu sorgen.

Tagung des bayerischen Städtebundes.

München, 25. Febr. Der bayerische Städtebund ist für nächsten Samstag zu einer erweiterten Hauptausschußsitzung einberufen, um die Fragen des Wohnungsbaues zu behandeln. Der Städtebund wird folgende Entschließung zum Gegenstand seiner Beratungen machen: 1. Schrittweiser Abbau der Wohnungszwangswirtschaft mit der Verminderung der Raumnot. 2. Mitwirkung der Arbeitgeber in Stadt und Land, des Reiches und der Länder an der Behebung der Wohnungsnot ihres Beamtenpersonals. 3. Förderung eines Neubaus unter Erhaltung von Wohnungen durch die Gemeinden aus öffentlichen Mitteln. 4. Reichsgesetzliche Zuweisung einer Mietzinsabgabe an die Gemeinden in der Höhe von mindestens zwanzig Prozent der Friedensmiete auf fünf Jahre. Ueberlassung des Aufkommens der Wohnungsbauabgabe mit achtzig Prozent unmittelbar an die Städte und Bezirksgemeinden. 5. Bereitstellung verzinslicher und tilgbarer Reichsdarlehen an die Länder und Ueberweisung dieser Mittel an Städte und Bezirke. Für diese Reichsdarlehen sollen die Gemeinden haften und Hypotheken zugunsten des Reiches auf die geförderten Wohngebäude eintragen lassen. Die Entschließung wird fordern, daß diese Maßnahmen unverzüglich getroffen werden, damit im Frühjahr der Wohnungsbau energisch in die Hand genommen werden kann.

Französischer Rechtsbruch im Saargebiet.

Aus Saarbrücken wird gemeldet: Die französischen Zollstellen haben am 19. Februar ohne jede vorherige Ankündigung mit sofortiger Wirkung die Einfuhr von Rohtabaken und Tabakfabrikaten in das Saargebiet gesperrt. Die Handelskammer Saarbrücken hat sich mit einer entsprechenden Eingabe an die Regierungskommission gewandt.

Ausland.

London, 25. Febr. Laut Londoner Blättermeldungen ist die Frage der Interalliierte Konferenz über die Abrüstung und die Räumung der Kölner Zone bisher noch nicht geklärt.

Deutschland-Hetze zur Begründung polnischer Rüstungen.

Warschau, 24. Febr. In der Budgetkommission des Parlaments wies der Berichterstatter darauf hin, daß im Vorjahre ganz Europa stark gerüstet habe. Deutschland habe beispielsweise nach den von englischen Mitgliedern der Kontrollkommission angegebenen Zahlen 500 000 Truppen (!) verschiedener Formationen in Bereitschaft. Der Stand der deutschen Industrie zeuge ebenfalls von der Bereitschaft Deutschlands. Auch Rußland setze alles daran, um die Rüstungen zu beschleunigen. Ein Vergleich des diesjährigen polnischen Budgets mit dem vorjährigen zeige eine Verringerung der Ausgaben für technische Ausrüstungen, die kaum 10,9 v. H. des gesamten Heeresbudgets betrugen, während sie in Frankreich 24 v. H., in der Tschechoslowakei sogar 30,3 v. H. ausmachten. Im allgemeinen sei festzustellen, daß das jetzige Budget im Zeichen der Sparsamkeit aufgestellt worden sei.

Französische Hetze im deutsch-rumänischen Streitfall.

Paris, 25. Febr. Aus Bukarest berichtet der „Matin": Nach hier vorliegenden bestimmten Informationen geht aus Dokumenten, die sich in den Händen der rumänischen Regierung befinden, hervor, daß Deutschland in der nächsten Zeit der rumänischen Regierung den Vorschlag machen werde, auf ein Abkommen einzugehen, das Rumänien eine Abschlagszahlung von 20 Millionen Goldmark sichern soll. Die rumänische Regierung würde auf diesen Vorschlag nicht eingehen. Sie ist davon überzeugt, daß sie im Konfliktsfalle weniger zu verlieren habe als Deutschland. — Die scharfmacherische Tendenz dieser „Matin"-Meldung ist unverkennbar.

Frankreichs Heeresstärke.

London, 24. Febr. „Daily Telegraph" veröffentlicht in einem Leitartikel über die französische Heeresreform eine interessante Aufstellung über die gegenwärtige französische Heeresstärke. Sie beträgt 33 474 Offiziere und 651 984 Mann und verteilt sich auf folgende Gruppen: Heimat, Algerien und Tunis 26 371 Offiziere, 452 411 Mann, Marokko 2165 Offiziere und 64 650 Mann, Orient 980 Offiziere und 65 940 Mann, China 44 Offiziere und 1668 Mann, Saargebiet 153 Offiziere und 4685 Mann, „Militär-Kommission" 79 Offiziere und 131 Mann, besetzte fremde Gebiete: Ruhr und Rheinland 3682 Offiziere und 103 370 Mann. Die Stärke der im besetzten deutschen Gebiet stehenden farbigen Truppen Frankreichs beträgt nach den neuesten Angaben aus authentischer Quelle neun Schützenregimenter, zwei Spahiregimenter, zwei Regimenter Artillerie, ein Pionierregiment und ein Pionierbataillon, ein Arbeiterbataillon und eine Trainabteilung. Die Spezialtruppen sind nur zumteil aus farbigen Truppen zusammengesetzt. Das Arbeiterbataillon und die Trainabteilung sind auf verschiedene Standorte im ganzen französisch besetzten Gebiet verteilt. Das Pionierregiment verteilt sich auf die drei wichtigsten Brückenköpfe Bonn, Koblenz und Speyer. Die Artillerieregimenter sind in Landau, Biebrich, Schierstein und Dotzheim stationiert. Die farbigen Schützen- und Spahiregimenter verteilen sich auf folgende Standorte: Kreuznach-Pirmasens (13. Tir.-Regt.), Kaiserslautern-Zweibrücken (20. Tir.-Regt.), Wiesbaden-Höchst (23. Tir.-Regt), Siegburg (28. Tir.-Regt.), Griesheim-Kostheim (33. Tir.-Regt.), Ludwigshafen-Worms (35. Tir.-Regt), Mainz (61. Tir.-Regt.), Speier-Germersheim (64. Tir.-Regt.), Euskirchen-Bonn (65. Tir.-Regt.), Mainz-Gonsenheim (5. Spahi-Regt.), Landau (6. Spahi-Regt.).

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Der Herr Staatspräsident hat je eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Bietigheim dem Unterlehrer Erwin Fleischle in Calmbach, in Birkenfeld dem Unterlehrer Emil Fauth in Derendingen OA. Tübingen unter Ernennung zum Rektor übertragen.

Der Herr Staatspräsident hat eine Forstamtmannstelle bei der Forstdirektion den Forstassessoren Kimpfler beim Forstamt Herrenalb und Uhl beim Forstamt Calmbach übertragen.

Neuenbürg. Gemeinderatssitzung am 24. Februar. Nach Erledigung einiger Fürsorgesachen wurde zunächst der Voranschlag der örtlichen Fürsorgekasse für 1924 beraten. Derselbe schließt ab mit 1500 Mark Einnahmen und 5000 Mark Ausgaben. Der Abmangel von 3500 Mark ist aus der Stadtkasse zu decken.

Der Einbau eines Ventilators im Zeichensaal des Schulhauses, welcher vom Gewerbeschulrat beantragt ist, wird genehmigt.

Anschließend wurde in die Beratung des Voranschlags der Stadtpflege für 1924 eingetreten, welcher in der Hauptsache in einer Zusammenstellung der bisher erwachsenen Einnahmen und Ausgaben mit einem entsprechenden Zuschlag für den noch laufenden Teil des Rechnungsjahres aufgestellt ist; diese Aufstellung befindet sich bereits in den Händen der Gemeinderatsmitglieder. Die Endzahlen können nun auf Grund der heutigen Beratung festgestellt werden und folgt hierüber näheres im nächsten Sitzungsbericht. Zu erwähnen ist, daß das Betriebskapital der Stadtpflege auf 10 000 Mark, das der Ortsfürsorgekasse auf 1000 Mark festgesetzt wurde. An der Hundesteuer soll für 1925 nichts geändert werden.

Zu einem von dritter Seite angeregten Grundstückstausch gibt der Gemeinderat seine Zustimmung.

Bezüglich der von der Reichsregierung angeregten Feier für die Opfer des Weltkriegs am Sonntag, den 1. März ds. Js. wurde beschlossen, sich an der kirchlichen Trauerfeier zu beteiligen und der Stiftung Kriegerdank aus der Stadtkasse 1000 RM. zu überweisen. Von einer besonderen Feier am Denkmal soll für diesmal abgesehen und solche für November am Totensonntag in Aussicht genommen werden. Bei diesem Anlaß kam auch zum Ausdruck, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn endlich in der Anordnung nationaler Gedenktage die Planlosigkeit hinsichtlich der verschiedenen Zeiten ein Ende fände.

Der Holzverkauf vom 19. ds. Mts. wurde vom Gemeinderat genehmigt. Schluß der Sitzung 9 Uhr. K.

Neuenbürg, 24. Febr. Im Gasthof zum „Bären" hielt Sonntag Nachmittag der Reichsbund der Kriegsbeschädigten eine Versammlung ab, die aus allen Bezirksorten sehr gut besucht war. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Neuenbürg Hermann Strecker, der die Versammlung leitete, begrüßte die Erschienenen, unter denen auch der Oberamtsvorstand und Vertreter verschiedener Behörden zu bemerken waren, und erteilte dem Geschäftsführer des Gaues Württemberg, Herrn Katzmaier, das Wort. Dieser streifte zunächst die einzelnen Fragen des Fürsorgegesetzes ferner die Armenfürsorge, deren Grundrechte in der letzten Zeit wesentlich abgebaut worden seien, ferner sei das Reich dazu übergegangen, die Aufbringung der Mittel für die Kriegsopfer auf die einzelnen Staaten abzuwälzen. Er bedauerte konstatieren zu müssen, daß von seiten der Behörden usw. in der letzten Zeit eine Lauheit gegenüber den Kriegsopfern eingetreten sei. Diese wieder zu beleben sei Sache jedes einzelnen mitzuhelfen. Mögen die Parteien endlich einsehen, ihre Versprechungen betr. die Sozial-Fürsorge einzulösen, die sie vor der Wahl gemacht hätten. Er ging dann über zur Siedlungsfrage; auch hier habe der Staat seine Pflicht versäumt. Die Organisation habe nicht die Mittel zum Bauen, das Reichssiedlungsgesetz sei noch nicht so weit und anstatt für die Kriegsopfer etwas zu haben, sei das Geld in die Taschen der Ruhrindustriellen geflossen. Die Organisation müßte mehr darauf sehen, ihren Kreis zu vergrößern, um sich in Gemeinde, Staat und Reich Einfluß zu verschaffen. Zum Schluß betonte er, aber auch die Regierung möge sich endlich aufraffen zu einer großen sozialen Tat für die Kriegsopfer, die sie letzten Endes verdient hätten. Der Vorsitzende dankte dem Redner und erteilte dem Geschäftsführer des Bundes, Herrn Kaiser, das Wort, der über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in längeren Ausführungen sprach. Ausgehend von früheren Kriegen und die Versorgung der Blässierten ging er über auf die Gründung des Reichsbundes in Weimar, streifte das Mannschaftsversorgungsgesetz 1920, auf dessen Ausführung die Versorgungsberechtigten vergeblich warten. Die Reichsregierung hätte es in der Hand gehabt, die Renten sofort auszubezahlen; das habe sie nicht getan, sondern erst mit entwerteten Papiersetzen, und so hätten die Rentenempfänger eine Enttäuschung über die andere erlebt. Er behandelte weiter in längeren Ausführungen die Spar- und Abbauverordnungen, die Hinterbliebenen- und Elternfürsorge, in denen die Anwesenden über manches Wissenswert aufgeklärt wurden. Sein Schluß galt auch festem Zusammenschließen zur Erreichung der gesteckten Ziele. In der nun folgenden Aussprache behandelte Waidner (Herrenalb) die stiefmütterliche Behandlung der Kriegsopfer und die Abfindung der Rentenempfänger in der Inflationszeit. In dem Schlußwort des Referenten Katzmaier betonte dieser, die Zeiten vor uns sind nicht leicht. Der Kampf gehe für eine bessere Fürsorge aber auch gegen die Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen. Er forderte auf, geschlossen zu marschieren und den Leitungen zu vertrauen, daß Erfolg zu verzeichnen sei, Kameradschaftlichkeit aber über alles zu pflegen, denn das Wohlwollen der Behörden hänge viel von dem Ansehen ab. Er wünschte, daß die Ausführungen alle beachten, nur dann beginne der Gesundungsprozeß, der dazu führen möge, daß den Kriegsopfern die Sonne auch wieder scheine. Der Dank des Vorsitzenden galt nochmals den beiden Rednern und damit schloß er die ruhig verlaufene Versammlung. Sch.

(Wetterbericht.) Die Cyklone im Nordwesten bestimmen noch wie vor die Wetterlage. Für Freitag und Samstag ist nur zeitweise aufheiterndes, im übrigen aber bedecktes und auch zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Stuttgart, 25. Febr. (Verbotene Abzeichen bei der Reichsbahn.) Die Reichsbahngesellschaft hat das Tragen von Abzeichen des Jungdeutschen Ordens u. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Dienst den Beamten, Angestellten und Arbeitern verboten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ludwigsburg, 25. Febr. (Zum Gedächtnis des Königs.) Freundlicher Sonnenschein spielt heute, wie die „Ludwigsburger Zeitung" meldet, um die Grabstätte auf dem alten Friedhof, die die irdischen Ueberreste des vielgeliebten letzten Landesfürsten birgt. Verklärendes Licht liegt auf dem Zeichen treuen Gedenkens, die da draußen wieder niedergelegt wurden, und auf den Widmungen der Schleifen, die es künden, daß Württembergs letzter König nicht vergessen ist und nie vergessen werden wird. Sein Geburtstag wird uns immer wieder aufs neue daran erinnern, mit wieviel Liebe und Güte der Verewigte um sein Schwabenvolk besorgt war, wird uns immer wieder seine vornehme Gestalt vor das geistige Auge führen, die uns Ludwigsburgern so besonders vertraut war. Auch im Getriebe des Alltags wird es ein guter Schwabe heute nicht versäumen, seinem König eine Minute dankbaren und wehmütigen Gedächtnisses zu weihen. Das Königsgrab hat schönen gärtnerischen Schmuck durch die Friedhofsverwaltung erhalten. Im Laufe des Vormittags erschien Generalmajor a. D. Zeller, um im Namen der Offiziersvereinigung des Inf.-Regts. Alt-Württemberg einen Kranz mit Schleife und Widmung niederzulegen; dasselbe geschah durch Oberst a. D. Holland und Oberstleutnant a. D. Freiherr v. Wächter im Namen der vier württ. Feldartillerie-Regimenter. Am Sonntag schon wurden Kränze niedergelegt für den Offiziersverein „Kaiser Friedrich" und den Verein alter Siebener vom ehemaligen Inf.-Regt. 125, denen sich heute u. a. auch ein solcher des hiesigen Kriegervereins „König Wilhelm II." anschloß. Der Offiziers-Verein der Königin Olga-Dragoner ließ einen Kranz am Grabe des Königs durch Dr. Otto Marquardt niederlegen.

Ulm, 25. Febr. (Disziplinarverfahren.) Am 2. März findet vor dem Disziplinarhof für richterliche Beamte Hauptverhandlung in einem Disziplinarverfahren gegen Amtsrichter Konstantin Wieland statt, der, wie erinnerlich, wegen schwerer Beleidigung des Oberbürgermeisters Dr. Schwammberger zu einer großen Geldstrafe verurteilt worden ist.

Isny, 25. Febr. (Roheit.) Am Fastnachts-Sonntag zog eine ältere maskierte Frauensperson mit einem maskierten Knaben durch die Straßen; in der Nähe des Karussells beim Kronenplatz wurden die beiden durch Kinder gereizt, wie das so üblich ist, worauf die Kinder wieder davonliefen. Ein an der Sache ganz unbeteiligter Knabe mußte nun die Wut der maskierten Frau auskosten; sie warf ihm in ihrem Zorn einen Bund Scheeren ins Gesicht, so daß er schwer verletzt wurde. Der Knabe wurde ins Krankenhaus verbracht. Es ist zu befürchten, daß ein Auge verloren ist.

Herbrechtingen OA. Heidenheim, 25. Febr. (Glücklicher Schütze.) Schon seit einigen Wochen zeigten die im Hungerbrunnental gelegenen Felder Spuren von Wildschweinen. Am Montag spürte nun der Hund des Jagdpächters oberhalb des Ursprungs des auch zurzeit wieder stark fließenden Hungerbrunnen-Baches zwei Wildschweine auf. Dabei gelang es dem glücklichen Schützen, ein trächtiges Mutterschwein zu erlegen, während das andere Tier — wohl ein Keiler — vom Hund scharf verfolgt, in der Richtung Mebsteter Hof—Ballendorf verschwand.

Baden.

St. Georgen, 25. Febr. Hier trieb sich ein Bettler herum, der sich als „einarmiger" Invalide ausgab; er hatte in ganz kurzer Zeit 11 Mark zusammengebracht. Die Gendarmerie nahm sich seiner an und bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß er zwei gesunde Arme hatte. Der Gauner entpuppte sich als ein schon mit mehreren Jahren Zuchthaus bestrafter Gutedel...

Aus Baden, 25. Febr. Der in den Ruhestand versetzte Weichenwärter Richard Köber in Mindershof ist nach Talmühle (Amt Engen) verzogen und hat als Wohnung das dem Hettinger Tunnel zu gelegene Bahnwarthaus Nr. 131 beziehen müssen. Der Genannte steht nach 35jähriger Dienstzeit im 65. Lebensjahre, und ist zum fünftenmal verheiratet. Es ist gewiß von Interesse, was er über seine Familienverhältnisse zu erzählen vermag: Die erste Frau starb an den Folgen einer Geburt, die zweite an den Folgen einer Lungenentzündung, die dritte verlor ihr Leben infolge eines Unglücksfalles im Walde — ein abfallender Ast schlug sie nieder —, die vierte wurde in Selz im Elsaß von einem Zuge überfahren, die jetzige fünfte Frau, eine Elsässerin, ist erst 29 Jahre alt und pflegt sorgfältig das noch im zartesten Alter stehende Kind. Diese fünf Frauen schenkten dem Familienvater nicht weniger als 22 Kinder, wovon fünf gestorben sind; 17 sind noch am Leben und von diesen mehrere längst verheiratet. Köber erfreut sich bei gutem Humor noch der besten Gesundheit.

Von der Tauber, 25. Febr. In der Volkartsmühle in Grünsfeld bei Tauberbischofsheim brach Feuer aus. In wenigen Stunden war die Mühle mit den Wohngebäuden ein Raub der Flammen. Scheuer und Stallungen wurden gerettet. Auch ein großer Teil der Vorräte und die meisten Möbel konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Die Brandursache dürfte wohl im Heißlaufen eines Kugellagers zu suchen sein. Die Mühle war gegen Brandschaden versichert.

Vermischtes

Wiederkehr der Königsbilder. Dachau war eine der ersten Gemeinden, die die Königsbilder aus den Schulen entfernen ließ. Nun wurde beschlossen, die Bilder wieder in den Schulen aufzuhängen.

Selbstmord eines Falschmünzers. Der Münchener Polizei war bekannt geworden, daß in einem Gasthof im Zentrum der Stadt ein Mann wohnt, der falsche 1000-Lire-Noten verbreitete. Als in der letzten Nacht die Polizei den Mann verhaften wollte, zog er einen Revolver und erschoß sich.

Der Messerheld auf der Hochzeitsfeier. Gelegentlich einer niederbayerischen Hochzeitsfeier in Oberhofen jagt ein angetrunkener Dienstknecht namens Wimmer im Verlauf eines Streites auf völlig unbeteiligte Personen mehrere Schüsse ab. Als die Waffe versagte, zog der Wütende einen Dolch und verletzte sechs Personen lebensgefährlich, so daß sich ihre Ueberführung in ein Krankenhaus erforderlich machte. Die rasende Menge prügelte darauf den Messerhelden buchstäblich tot.

Eine aufregende Wildschweinjagd spielte sich bei Krähenberg (Pfalz) ab. Eine Jagdgesellschaft hatte einen Keiler von nahezu zwei Zentnern angeschossen. Von Hunden verfolgt, flüchtete der Keiler in eine große Dickung, wo er nur von den Dackeln weiter verfolgt werden konnte. Bei der Jagd wurden zwei Beteiligte von dem rasenden Tier über den Haufen gerannt, bis es schließlich gelang, den Keiler mit einer Axt unschädlich zu machen. Das dichte Gehölz hatte nicht erlaubt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Das witzige Lüneburger Finanzamt. Vor einigen Tagen war auch in das Finanzamt zu Lüneburg eingebrochen worden. Nun veröffentlicht das Finanzamt folgendes Eingesandt in allen Lüneburger Zeitungen: „An alle Einbrecher von Lüneburg und Umgebung! Liebe Einbrecher! In der Nacht zum 17. ds. Mts. hat sich einer eurer Zunftgenossen die Mühe gemacht, im Finanzamt Lüneburg einzubrechen. Zwei hübsche Fensterscheiben, durch die die Frühlingssonne jetzt immer schon so warm hindurchschien, hat er kaput gemacht; zwei alte Türschlösser, die dem Hause, als es noch ein wohltätiges Lazarett war, schon lange Jahre brav und ehrlich gedient haben, hat er zerbrochen; und dann hat er mit vieler Mühe und einer Kraftanstrengung, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre, die schöne Tür zum Tresor im Kassenraum entzwei gemacht. Vor dem hübschen Geldschrank, den er im Tresor fand, hat er dann haltgemacht und ist, wahrscheinlich sehr mißgelaunt über die so unnütz verbrachte Nacht, wieder nach Hause gegangen. Aber, liebe Einbrecher, es war gut so, daß das arme Kerlchen sich nicht noch mehr Arbeit oder etwa gar Unkosten mit Sauerstoffgebläsen gemacht und uns dann noch unsern Geldschrank beschädigt hat. Denn ich will es als Menschenfreund euch allen verraten: Im Geldschrank des Finanzamts dürfen nie mehr als höchstens 50 Mark liegen! Alles andere Geld, das das böse Finanzamt seinen schimpfenden Mitbürgern abnimmt, vandert sofort ganz wo anders hin, weit weg, wo ihr doch nicht herankommt. In dieser dummen Nacht waren nur 16 Mark im Schrank, und meistens sind es noch weniger. Also, liebe, gute Einbrecher, laßt künftig unsere Fensterscheiben und Schlösser vom Finanzamt heil! Beim Finanzamt lohnt das Einbrechen wirklich nicht! Mit herzlichem Gruß: Der Leiter des Finanzamts Lüneburg."

Ein Mord nach 15 Jahren aufgeklärt. Aus Komotau wird gemeldet: In Kriegern wurde vor 15 Jahren der Waldheger ermordet. Jetzt erst ist der Mörder entdeckt und verhaftet worden. Es ist der Landwirt Adolf Lang aus Kriegern, der zu den reichsten Bauern der dortigen Gegend gehört. Sein damals 14 Jahre alter Sohn war dabei, wie er den Heger, mit dem er in Feindschaft lebte, umbrachte. Dieser Tage warf nun der Sohn in einem Streit mit seinem Vater diesem den Mord vor, was von Leuten gehört wurde. Es erfolgte die Verhaftung des alten Lang.

Handel und Verkehr.

Neuenbürg, 26. Febr. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 47 Läufer- und 11 Milchschweine. Verkauft wurden 19 Läufer pro Paar 32—32 Mark, 2 Paar Milchschweine das Paar 36—40 Mark. Handel flau.

Ulm, 25. Febr. (Baummarkt.) Beim Baummarkt wurden erlöst für Apfelhochstämme, Pyramiden und Buschbäume 4 bis 5.20 Mark, für Birnhochstämme je 4.50 bis 5.50, für Nußbäume je 5 Mark, für Beerenhecken 2- und 3jährig 55—75 Pfg. pro Stück, für Rosen 2—4.50 Mark.

Neueste Nachrichten

Stuttgart, 25. Februar. Landtagsabgeordneter Dr. Mauthe hat folgende Kleine Anfrage im Landtag eingebracht: „In vielen Bezirken unseres Landes, insbesondere auch in Grenzbezirken, wird geklagt über ein starkes Ueberhandnehmen des Hausierhandels. Was gedenkt das Staatsministerium gegen diese, die ansässigen Gewerbetreibenden aufs stärkste bedrohende Entwicklung zu tun? Ich bin mit schriftlicher Antwort einverstanden."

Stuttgart, 25. Februar. Der neugewählte evangelische Landeskirchentag ist durch Verordnung des Kirchenpräsidenten zu seiner Eröffnung auf 12 März einberufen worden.

Dresden, 25. Februar. Von der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit ist dem Landtag ein Antrag zugegangen, der vom Gesamtministerium die Begnadigung des ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigner fordert.

Weimar, 25. Februar. Wie das thüringische Pressenamt mitteilt, hatte in den Stadtkreisen des Landes Thüringen die Linke (Sozialdemokraten und Kommunisten) vor der jetzigen Wahl 139 Abgeordnete, jetzt 136. Mithin hat sie also 3 verloren. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien verfügten in den Stadtkreisen bisher über 169 Vertreter, jetzt über 174. Mithin haben sie 5 gewonnen. In den Landkreisen hatte die Linke früher 97 Vertreter, jetzt 87. Also hat sie 10 verloren. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien hatten früher 119 Vertreter, jetzt haben sie 137, also 18 gewonnen.

Koburg, 25. Febr. Durch eine Gerichtsverhandlung wurde ein Wohnungsskandal aufgedeckt. Beamte des Koburger Wohnungsamtes sind von Zeugen unter Eid der Bestechlichkeit bezichtigt worden. Das Wohnungsamt ist vorläufig auf acht Tage geschlossen und der Inspektor des Wohnungsamtes in Haft genommen worden.

Potsdam, 25. Februar. Vor der großen Strafkammer als Berufungsinstanz wurde heute gegen die Teilnehmer am Kommunistenaufruhr in Glindow bei Potsdam verhandelt. Auf der Anklagebank sitzen acht Glindower Einwohner, Mitglieder der kommunistischen Partei, welche vom Schöffengericht zu Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten verurteilt worden waren. Gegen das Urteil hatte sowohl der Staatsanwalt als auch die Angeklagten Berufung eingelegt.

Berlin, 25. Febr. Nach einem Bericht der B. Z. am Mittag hat der Leipziger Kriminalhauptwachtmeister Rapel, der wegen Begünstigung internationaler Taschendiebe vor einiger Zeit verhaftet wurde, ein volles Geständnis abgelegt. Durch seine Angaben wurden fünf Leipziger Kriminalbeamte so schwer belastet, daß sie festgenommen und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurden.

Berlin, 25. Februar. Zu der Meldung eines Berliner Blattes, wonach Dr. Höfle zum Offenbarungseid geladen worden sei und 12000 Mark, die er bei einem Bekannten deponiert habe, beschlagnahmt worden seien, teilt der „Tag" mit, daß Dr. Höfle den Offenbarungseid längst geleistet habe. Ueber sein Vermögen bestehe beim Reichspostministerium vollkommene Klarheit. Von einer Beschlagnahme von 12000 Mark zugunsten der Reichspost sei beim Reichspostministerium nichts bekannt.

Berlin, 25. Febr. Die von den Verteidigern im Tschela-Prozeß gewählte Anwaltsdelegation wurde heute vom Reichsjustizminister empfangen. Die Verteidiger wiesen darauf hin, daß der Vorsitzende des Gerichts nach dem Gesetz nicht das Recht habe, selbst bei dauerlichen Vorfällen, die Verteidigung für verwirkt zu erklären. Der Justizminister erklärte, daß er die ganze Angelegenheit prüfen werde. Die drei Verteidiger haben sich nach Leipzig zurückbegeben, um am Donnerstag wieder die Vertretung der Angeklagten zu übernehmen. Es verlautet, daß das Gericht mit dem neuen Wechsel der Verteidigung nicht einverstanden ist.

Berlin, 26. Febr. Die „Vossische Zeitung" meldet, daß Reichsfinanzminister v. Schlieben für heute die Führer der Reichstagsfraktionen eingeladen hat, um mit ihnen die Frage der Aufwertung zu besprechen und ihnen die Auffassung der Regierung mitzuteilen.

Ein köstlicher Nachtisch

wird stets jung und alt erfreuen.

Sie können sich dieses Vergnügen mit

Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln

häufiger leisten, weil die Zubereitung billig ist und wenig Umstände erfordert. Dabei aber ist die Speise außerordentlich nahrhaft und wohlbekömmlich.

Für 4 Personen genügt:

1 Päckchen Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit gehackten Mandeln	M.	0.20
½ Liter Milch	ca. „	0.17
3 Eßlöffel (75 g) Zucker	„	0.07
	M.	0.44

Die fertige Speise reicht man mit Vanille-Sauce, bereitet aus Dr. Oetker's Saucenpulver mit Vanille-Geschmack.

Versuchen Sie ferner:

Dr. Oetker's Schokoladenspeise mit Makronen
1 Päckchen Mk. 0.50

Dr. Oetker's Gala-Schokoladen-Puddingpulver
1 Päckchen Mk. 0.15

Der Name „OETKER" bürgt für beste Qualität! Verlangen Sie nur „Originalpackungen" (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellkopf". — Die beliebten Oetker-Rezeptbücher erhalten Sie kostenlos in den Geschäften oder wenn vergriffen gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Frauenhaß.

Geschichtliche Erzählung aus dem 15. Jahrhundert
von Felix Rabor.

52) (Nachdruck verboten.)

Hastig gings in den Hof, wo die gesattelten Pferde standen, die die Ritter bestiegen und durch die Gassen nach dem nächsten Tore jagten. Daliza und ihr Bruder schlugen einen anderen Weg ein. Kaum waren sie verschwunden, so stürmte der Büttelmeister mit seinen Schergen daher und umstellte das Haus. Kätchen schickte die alte Magd zur Türe, welche langsam auf das laute Klopfen öffnete und den Büttelmeister in das Schlafgemach ihres Herrn führte. Mit vielen Bücklingen trat er ein und bat tausendmal um Entschuldigung, daß er den Herrn stören müsse, aber der Bürgermeister habe strengen Befehl gegeben. Nach langem Hin- und Herreden, bei dem sich zeigte, daß der Bürgermeister dem Kaufherrn nicht hold sei und mit Freuden die Gelegenheit ergriffen habe, ihm einen Schlag zu versetzen, zog der Büttel wieder ab, um den verschwundenen Ritter zu suchen. Er fand aber den Platz leer, seine Schergen waren verschwunden.

Der Spielmann, der die frischen Hufspuren entdeckt hatte, war mit den Schergen diesen gefolgt und sie sahen nun die Reiter nach wenigen Minuten vor sich. Am Tore gab es einen Aufenthalt für die beiden Reiter; der Torwächter mußte erst aus seinem Stübchen gerufen werden und beeilte sich nicht besonders. Als endlich die schweren Torflügel in ihren Angeln kreischten, langten auch die Häscher an und riefen dem Torwächter zu, die Tore zu schließen und die beiden anzuhalten. Allein der Ritter von Horn riß rasch den einen Torflügel vollends auf und sprengte hinaus, Walter ihm nach.

Nun gab es lautes Geschrei und Flüche auf Seiten der Häscher, die im Grunde genommen froh waren, daß sie nicht Hand an die Ritter legen durften, was wohl mancher mit etlichen blutigen Schrammen hätte bezahlen müssen. So gaben sie wenigstens ihre Entrüstung durch lautes Geschrei kund. Unglücklicherweise kam nun auch Daliza mit ihrem Bruder an das Tor und versuchte durchzukommen; allein den Häschern fiel ihre seltsame Hast auf und als sie auf ihre Fragen nach ihrem Namen hartnäckig schwiegen, erregte das aufs neue ihren Verdacht.

Sie wurden von rauhen Fäusten gepackt und gestoßen; an den schwachen Burschen glaubten die Stadtknechte ihr Mütchen kühlen zu können. Aber sie täuschten sich in ihnen.

Wie ein paar zischende Schlangen wanden und drehten sie sich, bis es ihnen gelang, das Messer aus dem Gürtel zu ziehen und sich nun gegen die rohen Gesellen zu verteidigen. In dem wilden Ringen fiel der Hut von Dalizas Kopf und ihr langes Haar, das unter demselben verborgen gewesen war, flutete in langen Flechten über die Schultern.

„Ein Weib!" rief der Spielmann. „Hollah, ihr Büttel, das ist etwas ganz Verdächtiges."

„Laß sie nicht los!" rief einer der Schergen und holte mit seinem eisenbeschlagenen Stocke aus zu einem wuchtigen Schlag. Aber Mursu, der für das Leben der Schwester zitterte, riß sich mit Aufbietung aller seiner Kräfte von den Häschern, die ihn gefaßt hielten, los, schnellte wie ein Tiger in weiten Sätzen auf denjenigen los, der eben den Stock niedersausen lassen wollte, und bohrte sein Messer bis zum Heft in dessen Arm, so daß dieser ein lautes Schmerzensgeheul ausstieß und den Stock fallen ließ.

In diesem Augenblicke stürmte Walter, der an dem Geschrei der Häscher eine drohende Gefahr für die Beschützer erkannt haben mochte, durch das halb geöffnete Tor, das der Ritter von Horn besetzt hielt, um das Sperren desselben zu verhindern und den Ausweg für Walter und die beiden Zigeunerkinder frei zu halten.

Wie ein Blitz fuhr Walters Degen unter die Häscher, daß sie entsetzt auseinander stoben, aber nur, um ihren Angriff gegen den Ritter mit erneuter Wut zu richten. Sie fielen dem Pferde in die Zügel und suchten ihn mit ihren eisenbeschlagenen Stöcken vom Pferde zu ziehen. Aber Walter saß fest wie ein Turm und parierte die nach ihm geführten Hiebe mit sicherem Auge, als sei es nur ein Spiel, was er da treibe.

„Flieh! Daliza!" rief er dem Mädchen zu, dem es mit Hilfe ihres Bruders gelungen war, sich frei zu machen. Sie wandte sich dem Tore zu und hatte es beinahe erreicht, als sie ein Steinwurf des Spielmanns traf, daß sie blutüberströmt auf die Straße sank.

Ihr Bruder sah es und ein wildes Feuer blitzte aus seinen dunklen Augen. In weiten Sätzen sprang er auf den Spielmann zu, das Dolchmesser gezückt.

Der lustige Peter sah mit weit aufgerissenen Augen, unfähig sich zu rühren, den braunen Burschen an und vermochte nur noch seinen derben Knotenstock als Schutz vor sich hinzustrecken.

„Stirb, Kröte!" zischte Mursu durch die festgeschlossenen Zähne, riß den Stock zur Seite und stieß dem Spielmann das Messer tief in die Brust. Mit einem gurgelnden Schrei fiel derselbe zu Boden, während im Fallen die Schellen seines Wamses und seiner Kappe wie im Hohne leise tönten. Mit Blitzesschnelle wandte sich Mursu dem Tore zu, ergriff Daliza und sprang, ehe es einer der Schergen zu hindern vermochte, zum Tore hinaus.

Walter hatte, mit den Häschern beschäftigt, nicht bemerkt, was sich hinter seinem Rücken zugetragen hatte. Als aber die Häscher ein lautes Geschrei erhoben, und einen Augenblick von ihm abließen, um den tödlich getroffenen Spielmann aufzuheben, dachte er: es wäre Zeit, sich durchzuschlagen und sprengte zum Tore hinaus. Der Ritter von Horn schlug hinter ihm das Tor zu und sprengte ihm nach.

Laut schreiend stürmten die Häscher heraus, indem sie unaufhörlich: „Mörder! Mörder!" riefen. Als sie aber sahen, wie der eine Ritter das ohnmächtige Mädchen aus den Armen des Burschen nahm und vor sich auf das Pferd legte und wie der Bursche wie ein Hirsch neben dem Pferde herlief, ohne um eines Roßschweifes Länge hinter demselben zurückzubleiben, da gaben sie die Verfolgung als nutzlos auf und kehrten in die Straßen der Stadt zurück, wo sich ein Haufen Neugieriger um den Verwundeten gesammelt hatte.

„Ah, bah!" sprach der Büttelmeister, der nun auch herzukam, „es ist nur ein fahrender Mann, der getroffen ist. Schafft den armen Teufel ins Armenspital und ruft den Bader, damit er schaue, ob noch ein Funke in ihm glimmt. Ist von euch keiner verletzt," fragte er seine Untergebenen. Die hatten etliche Schrammen und eine stattliche Zahl blauer Flecke, aber ernstliche Verletzungen hatte keiner, denn Walter hatte, um nicht dem Blutbanne der Stadt zu verfallen, nicht mit blanker Waffe dreingeschlagen.

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 25. Febr. Der Aeltestenausschuß des Preußischen Landtages ist für Montag, den 2. März, nachmittags 2 Uhr, einberufen worden. Das Plenum des preußischen Landtages tritt am 3. März zusammen, um die Interpellationen und Anträge zum Dortmunder Grubenunglück zu erledigen. Am 4. März soll die Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten erfolgen.

Lübeck, 25. Febr. In der gestrigen, sehr stürmisch verlaufenen Sitzung der Lübecker Bürgerschaft wurde ein Senatsantrag auf Verkleinerung des Senats von zehn hauptamtlichen und vier nebenamtlichen Mitgliedern auf sieben hauptamtliche und fünf nebenamtliche Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit in erster Lesung angenommen. Infolge des provozierenden Verhaltens eines kommunistischen Abgeordneten wäre es fast zu einem tätlichen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen. Die Sitzung mußte auf kurze Zeit unterbrochen werden.

Pontoise, 26. Febr. Als gestern nachmittag drei französische Militärflugzeuge von einer Aufklärungsfahrt zurückflogen, stieß ein vierter Apparat mit einem dieser Flugzeuge zusammen, wobei beide abstürzten. Zwei Flieger wurden getötet und einer verletzt.

Washington, 25. Febr. „Herald" und „Tribun" melden aus Washington: Einem Bericht des Kriegsdepartements zufolge, haben im Jahre 1924 167 deutsche Schiffe mit netto 728 347 Tonnen den Panamakanal passiert, gegen 124 Schiffe im Jahre 1923 und 62 im Jahre 1922. Dieses ständige Wachsen des deutschen Seeverkehrs, der nunmehr an vierter Stelle steht, zeigt, daß der deutsche Handel nach den Südseeländern des Stillen Ozeans eine aufwärtsstrebende Kurve aufweist.

Washington, 25. Febr. Senator Medill Mac Cormick, der aussichtsreichste Anwärter für die Nachfolge Houghtons auf den Berliner Botschafterposten, wurde heute morgen in seinem Zimmer im Hamilton-Hotel tot aufgefunden. Die Aerzte stellten als Todesursache Magenblutungen fest.

Tokio, 25. Febr. Der russisch-japanische Vertrag wurde vom Reichstag ratifiziert.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 25. Febr. Der Landtag begann heute seine Aschermittwoch-Sitzung in Anwesenheit von 25 Abgeordneten und stimmte bei Fortsetzung der zweiten Etatsberatung zunächst einem Vertrag zwischen dem württembergischen Staat und den Privaterben des Herzogs Wilhelm, also der Fürstin zu Wied, zu. Bei diesem Vertrag handelt es sich um das reine Privateigentum des Königs, während das Hofkammergut in den Besitz der herzoglichen Familie übergeht und das sogenannte Krongut Staatsbesitz ist. Der Vertrag wurde nur von den Abgg. Pflüger (Soz.) und Schumacher (Komm.) beanstandet, während alle übrigen Redner anerkannten, daß die Rechte und Interessen des Staats durch den Vertrag gewahrt werden. In der Debatte kam auch zum Ausdruck, daß mit dem herzoglichen Haus wegen des Hofkammerguts noch Verhandlungen schweben und Finanzminister Dr. Dehlinger teilte mit, daß diese Verhandlungen bald wieder aufgenommen werden könnten, nachdem das Oberlandesgericht ein Gutachten erstattet habe, das zwar nicht rechtsverbindlich, aber doch eine wertvolle Grundlage für die weiteren Verhandlungen sei. Die Ansprüche des herzoglichen Hauses wurden von dem Abg. Pflüger (Soz.) als maßlos, von dem Abg. Schumacher (Komm.) als direkt unverschämt bezeichnet, ein Ausdruck, den der Präsident rügte. Pflüger wies besonders darauf hin, daß die Ansprüche der herzoglichen Familie in dem Maße gewachsen seien, als man sich von der Revolution entfernt habe und die Entwicklung in Württemberg nach rechts gegangen sei. Ein Antrag Pflüger (Soz.), den Vertrag in die Landtagsmaterialien aufzunehmen, wurde abgelehnt. Das Haus erledigte dann eine Reihe verschiedener Kapitel und nahm u. a. einen Antrag an, wonach der Landtag auf dem Standpunkt steht, daß für die seinerzeit dem Reich übergebene württembergische Post vollwertige Ausgleichung mit angemessener Verzinsung der Schuld vom Reich zu leisten ist. Eine längere Aussprache knüpfte sich auch an die Forderung von 200 000 Mk. für die Beteiligung des Staates an der Kraftverkehr Württemberg A.G., die sich im Stuttgarter Akademiehof befindet und den Kraftwagenpark für die Polizei stellt. Minister Bolz trat energisch für die Forderung ein und betonte besonders, daß die Polizei den Wagenpark brauche, um aktionsfähig zu sein. Das wurde indessen von mehreren Rednern bestritten und auch der Abg. Hartmann von der Deutschen Volkspartei wandte sich entschieden gegen jede Begünstigung dieser Gesellschaft. Der Abg. Heymann (Soz.) hob besonders hervor, daß die Tankanlage im Akademiehof eine ständige Gefahr für das Neue Schloß bedeute. Die Abstimmung wurde auf die Nachmittagssitzung verschoben. Schließlich gab es noch eine Aussprache über die Beteiligung des Staates an der Jura-Oelschieferwerke A.G. in Stuttgart mit 800 000 Mark. Hiebei kam zum Ausdruck, daß der Staat mit derartigen Beteiligungen endlich Schluß machen müsse, daß man sich keinen allzu großen Illusionen hingeben dürfe, weil jeder, der das Problem des württembergischen Oelschiefers lösen wollte, sich dabei die Finger verbrannt habe und daß man nur zustimme, um den Betrag, der bisher in die Sache hineingesteckt wurde, nicht verloren geben zu sehen. Auch die Abstimmung über diese Position wurde auf die Nachmittagssitzung verschoben. Die Nachmittagssitzung brachte zunächst wieder eine ziemlich lebhafte Debatte über die Wohnungsbaufrage. Die Abgg. Pflüger (Soz.) und Scheef (Dem.) verlangten, daß ihr Antrag betr. einen Initiativgesetzentwurf über die Bereitstellung von 10 Millionen Mark für die Wohnungskreditanstalt vor der dritten Beratung im Finanzausschuß beraten werden müsse, da sie sonst der sofortigen dritten Etatberatung nicht zustimmen würden. Finanzminister Dr. Dehlinger wandte sich entschieden gegen dieses Verlangen und teilte mit, daß er noch heute Abend nach Berlin reisen müsse, um an einer Konferenz der Finanzminister über den Finanzausgleich teilzunehmen. In Berlin werde er erfahren, wie sich der Reichsfinanzminister zu den Vorstellungen der Länder stelle. Vorher könne er die 10 Millionen nicht bewilligen. Man möge sich deshalb gedulden. 3 Millionen habe er ja schon zugesagt und zunächst sollten diese erst verbaut werden. Die Finanzlage sei sehr ernst, die Steuerschraube überspannt und dabei eine günstige Entwicklung der Wirtschaft noch nicht gesichert. Er habe die Aufgabe, das Gleichgewicht des Haushalts herzustellen. Das sei keine politische, sondern eine mehr sachliche Arbeit und dabei sei seine einzige Richtschnur das Wohl des gesamten Volkes. Der Minister kündigte noch an, daß er in Bälde ein neues Lehrerbesoldungsgesetz vorlegen zu können hoffe. Die Abgg. Bock (Ztr.) und Ströbel (B.B.) stimmten dem Minister zu und wiesen auch auf die Schwierigkeiten hin, die 10 Millionen Mark zu beschaffen, während die Abgg. Keil (Soz.) und Andre (Ztr.) die Auffassung vertraten, daß die Regelung der Wohnungsbaufrage eine weitere Verschiebung nicht vertrage. Als dem Abg. Keil gelegentlich von der Rechten das Wort „Barmat" zugerufen wurde, gab es im Haus großen Lärm und der Abg. Fischer (Komm.) zog sich eine Rüge des Präsidenten zu, als er den anderen Parteien Kuhhandel und Heuchelei vorwarf. Minister Bolz machte auf die Achillesferse des Initiativgesetzentwurfs aufmerksam, die darin bestehe, daß das Geld im Weg der Anleihe aufgebracht werden soll. Das sei ein unsicherer Faktor, der die Wohnungskreditanstalt hindere, von einer etwaigen Ermächtigung Gebrauch zu machen, denn es sei auch für den Staat und eine staatliche Anstalt ungeheuer schwer, Geld zu erhalten. Alsdann wurde den Anträgen des Finanzausschusses zu dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltplanes zu dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1924 zugestimmt. Er stellt im ordentlichen Dienst den Staatsbedarf mit 111 609 091, die Deckungsmittel mit 101 618 000 und den Fehlbetrag mit 9 991 091 RM. fest, die, soweit Deckung aus Einnahmen nicht möglich wird, aus dem Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse vorgeschossen werden sollen. Weiterhin wurde genehmigt 200 000 Mk. für die Beteiligung des Staats an der Kraftverkehr Württemberg A.G. mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums und 800 000 Mark für die Beteiligung des Staats an der Jura-Oelschiefer-Werke A.G. Zum Schluß trat das Haus noch in eine längere Beratung der Etatskapitel 41 bis 47 betr. die Pfarrbesoldung ein. Der Abg. Dr. Schall (Dem.)) begründete dabei einen Antrag, wonach die Arbeiten im Ministerium des Kirchen- und Schulwesens zur Klärung der Verpflichtungen des Staats gegenüber den Kirchen aus früherem Recht mit allem Nachdruck fortgeführt werden sollen. Es sprachen dann noch weitere Redner und die Sitzung zog sich wieder einmal bis weit in die Nacht hinein.

Die Ursache des Dortmunder Grubenunglücks.

Gelsenkirchen, 25. Febr. In der Hauptversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft gab Dir. Brandt-Dortmund das Ergebnis der Untersuchungen über das Grubenunglück bekannt. Hiernach steht fest, daß das Unglück auf die Abgabe eines sogen. Knappschusses zurückzuführen ist. Derartige Knappschüsse werden im ganzen Ruhrbezirk etwa 10—20 Millionen im Jahre abgegeben, und es ist durchschnittlich vielleicht einmal im Jahre eine Explosion auf die Abgabe derartiger Schüsse zurückzuführen, sodaß die Abgabe der Schüsse selbst kein Gefahrenmoment in sich birgt. Jedenfalls hat das Ergebnis der Untersuchung gezeigt, daß das Unglück weder durch Unterlassen irgendeiner Vorsichtsmaßnahme vonseiten der Verwaltung, noch durch Leichtsinn eines Bergarbeiters hervorgerufen ist. Es handelt sich vielmehr um ein Zusammentreffen unglücklicher Momente höherer Gewalt, deren vollkommene Ausschaltung bisher den menschlichen Bemühungen noch nicht gelungen ist.

Die niederrhein. Bauern für die gemaßregelten Abgeordneten.

Krefeld, 25. Febr. In einer Sitzung des Bezirksverbandes Linker Niederrhein des Rheinischen Bauernvereins wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der festgestellt wird, daß die Zentrumspartei die Versprechungen, die sie der Landwirtschaft vor der letzten Wahl gegeben hat, nicht gehalten, sondern sogar die Abgeordneten, die sich nach dem Willen der bäuerlichen Wählerschaft verhalten haben, aus der Fraktion ausgeschlossen habe und sie zwingen wolle, ihr Mandat niederzulegen. Gegen diesen Zwang wird nachdrücklich Verwahrung eingelegt und den Abgeordneten, die den Grundsätzen ihres Berufsstandes treu geblieben seien, vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Der Tscheka-Prozeß.

Leipzig, 25. Febr. Die heutige Verhandlung wurde mit der Mitteilung des Vorsitzenden eröffnet, daß wegen der ablehnenden Haltung der Verteidigung jetzt Offizialverteidiger bestellt seien. Rechtsanwalt Dr. Goldstein verwahrte sich gegen eine in einer Zeitung erschienene Zeichnung, nach der es den Anschein habe, als ob Rechtsanwalt Dr. Sauter mit Gewalt aus dem Saale hätte geführt werden müssen und sich gewehrt hätte. Dr. Sauter habe freiwillig den Saal verlassen. Der Vorsitzende führt dann mit der Verlesung des Geständnisses des Angeklagten Szon fort. Der Angeklagte selbst erklärt dazu, daß er jede Aussage verweigere, der Vorsitzende verliest trotzdem weiter. Szon protestiert dagegen, da sein Verteidiger nicht anwesend sei. Dann wurde das Protokoll mit dem Geständnis des Angeklagten Poege verlesen. Der Offizialverteidiger beantragte die Sitzung zu unterbrechen, da Poege nicht mehr den Verhandlungen folgen könne. Der Vorsitzende ersuchte die Sachverständigen, Poege auf seine Verhandlungsfähigkeit zu untersuchen. Inzwischen tritt eine Pause ein. Nach einer kurzen Pause wurde ein ärztliches Gutachten dahin erstattet, daß der Angeklagte Poege wohl über Kopfschmerzen klagte, daß er aber verhandlungsfähig sei. Als Poege nochmals vernommen werden sollte, verweigerte er jede Aussage; auch der Angeklagte Nördner weigerte sich, etwas auszusagen. Auf Befragen erklärten sich nur die Angeklagten Diener und König zu Aussagen bereit. Ein Antrag des Reichsanwaltes, eine entsprechende Umstellung der Vernehmung vorzunehmen, wurde vom Gericht abgelehnt und dann das polizeiliche Protokoll über die Vernehmung in Stuttgart verlesen. Es wurde dann eine einstündige Mittagspause eingelegt. In der Nachmittagssitzung wurde der Angeklagte Lesnisse vernommen. Er gab die Erklärung ab, daß er und seine Frau unter einer so schweren Anklage stünden, daß sie sich ihre Verteidiger wählen müßten. Er bitte deshalb, gegenwärtig von der Vernehmung abzusehen. Es wurden auch in diesem Falle nur die polizeilichen Protokolle über die Vernehmung des Angeklagten verlesen, die aber nichts wesentlich Neues ergaben. Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag vormittag vertagt. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Verhandlungen auf jeden Fall weitergehen sollen, ob die Wahlverteidiger erscheinen oder nicht.

Urteil im süddeutschen Hochverratsprozeß.

Leipzig, 25. Febr. Vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wurde gestern und heute der Hochverratsprozeß gegen den Landtagsabgeordneten Eugen Haller, den Bauunternehmer Joseph Ulmschneider, den Feinmechaniker Jakob Salan, den Glasbläser Finkbeiner, den Zimmermann Friedrich Wölbe, den Glasbläser Karl Siegwart, den Bahnarbeiter Wilhelm Wörner aus Schwenningen und den Glasmacher Wilhelm Kaupp aus Freudenstadt verhandelt. Die Angeklagten haben sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat und wegen Waffendiebstähle zu verantworten. Im Oktober 1923 wurden in Freudenstadt und Umgebung mehrfach Waffen und Munition gestohlen, u. a. auch ein Maschinengewehr vom Bahnschutz in Freudenstadt. Die Angeklagten hatten die Waffen in einem Keller zwischen Freudenstadt und Schwenningen versteckt. Sie sollten zu einem bevorstehenden kommunistischen Putsch verwendet werden. Die Angeklagten sind teilweise geständig, wollen aber die Waffen nur rechtsgerichteten Kreisen weggenommen haben. Es erhielten: Haller 2 Jahre Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, Ulmschneider 2 Jahre Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, Salan 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Wölbe, Wörner, Kaupp und Finkbeiner je 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe und Siegwart 9 Monate Gefängnis. Vier bis neun Monate Freiheitsstrafe und die Geldstrafen werden allen Angeklagten auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Deutschland fordert Veröffentlichung des Kontrollberichts.

Berlin, 25. Febr. Angeblich soll der Schlußbericht der Militär-Kontrollkommission bereits fertiggestellt sein. Die deutsche Regierung hat bekanntlich die Forderung erhoben, daß dieser Bericht unverzüglich veröffentlicht werden soll, damit ihr Gelegenheit geboten werde, in voller Oeffentlichkeit zu den in diesem Bericht enthaltenen Behauptungen sich zu äußern. Jetzt erlebt man es, daß die Ansicht vertreten wird, der Bericht solle überhaupt geheimgehalten werden und es scheint lange dauern zu wollen, ehe sich die Alliierten über diese Frage einig werden. Wie sich diese Debatte fortspinnen wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Dauernd aber wurden in den letzten Tagen Teile des Berichts in der ausländischen Presse veröffentlicht. So hat zum Beispiel die „Chicago Tribune" Mitteilungen über den Inhalt des Kontrollberichts gebracht, die aus der französischen Regierung nahestehenden Kreisen zu stammen scheinen. Die deutsche Regierung befindet sich derartigen Veröffentlichungen gegenüber in einer äußerst schwierigen Lage. Es besteht bei ihr selbstverständlich der Wunsch, diesen Angaben entgegenzutreten. Das ist aber unmöglich, solange nicht substantiierte Mitteilungen vorliegen. Andererseits besteht natürlich die Möglichkeit, daß diese Veröffentlichungen nicht zutreffen. Dann wäre ein Eingreifen der deutschen Regierung natürlich verfehlt. Es ist also immer noch die Forderung aufzustellen, daß der Kontrollbericht als Ganzes der Oeffentlichkeit übergeben wird.

Aus dem Barmatausschuß des preußischen Landtags.

Berlin, 25. Febr. In der heutigen Sitzung wurde zunächst einem Antrag zugestimmt, ein schriftliches Gutachten über die Frage anzuhören, ob Reichsbehörden, Gerichtsbehörden und andere Behörden zur Vorlage von Akten an den Ausschuß verpflichtet seien. Als erster Zeuge wurde dann General von Lyovonien, Aufsichtsrat und Berater des Michaelkonzerns, vernommen, der sich über den seinerzeit von Rühe und Hellwig gefällten Schiedsspruch in der Streitsache des Kutisker-Michael-Konzerns äußert. Der Zeuge bekundet, daß die Staatsbank mit einem Honorar für den Schiedsspruch einverstanden war. Er habe Michael den Satz von 20 000 Mark für jeden Herrn vorgeschlagen. Der Zeuge erklärt weiter, daß er die Herren Rühe und Hellwig als korrekte und stets ehrenhafte Persönlichkeiten kenne. Erst in allerletzter Zeit habe er erfahren, daß die beiden Herren außerdem von Kutisker ein Honorar von 12 000 Mark erhalten hätten. Dieses Honorar sei nicht übermäßig hoch, da die beiden Schiedsrichter lange und anstrengende Arbeit zu leisten hatten. Staatsbankpräsident Schröder erklärt, er erfahre erst jetzt von dieser Inanspruchnahme von Unterbeamten und werde nähere Erkundigungen darüber einziehen. — Der Ausschuß wandte sich dann der Wohnungsangelegenheit Barmats zu. Stadtsekretär Thieme vom Wohnungsamt Charlottenburg bezeugt, daß es sich bei Barmat um eine Abweichung von der regelmäßigen Uebung gehandelt habe, da die sonst erforderlichen Unterlagen gefehlt hätten. Der Ausschuß beschließt, Oberregierungsrat Krüger vom Oberpräsidium noch als Zeugen zu laden. Hierauf trat eine Mittagspause ein. In der Nachmittagssitzung sagte Baurat Threde aus, wenn er gewußt hätte, daß Barmat ohne Ausfüllung der erforderlichen Unterlagen in die Wohnung eingezogen sei, würde er die Wohnung beschlagnahmt haben. Geheimrat Dr. Krüger betonte, daß Stadtsekretär Thieme das Protokoll unterschrieben habe: von irgendeiner Zeugenbeeinflussung könne keine Rede sein. Im Ausschuß kam es dann zu einem kleinen Zwischenfall, als der Vorsitzende Dr. Leidig abberufen wurde und der deutschnationale Abgeordnete Dr. Deerberg den Vorsitz übernahm. Die Sozialdemokraten beantragten sofortige Vertagung der Verhandlungen. Von der Rechten und den Kommunisten wurde widersprochen. Der Antrag auf Vertagung wurde schließlich mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die meisten sozialdemokratischen Mitglieder verließen darauf den Sitzungssaal. Abgeordneter Dr. Leidig übernahm wieder den Vorsitz, worauf die Sozialdemokraten ihre Plätze wieder einnahmen. Direktor Wild vom Zentralamt für Wohnungswesen betonte, seine Behörde stehe seit Jahren in erbittertem Kampfe mit dem Auswärtigen Amt, das sich oft hindernd in den Weg stelle, wenn Ausländer aus Berliner Wohnungen entfernt werden sollten. Im Falle Barmat lag gar keine Veranlassung zur Abweichung vor, da es sich einmal nur um eine Baukostenzuschußwohnung handelte und andererseits Empfehlungsschreiben von der Staatsbank, von Minister Hösle und von dem Abgeordneten Lange-Hegermann vorlagen. — Die Verhandlung wurde dann auf Montag 1 Uhr vertagt.

Danzig französische Operationsbasis im Ostkrieg.

Paris, 25. Febr. Einen wahren Hetzartikel gegen Danzig veröffentlicht General Cugnac im konservativen „Journal des Debats". Der General weiß mitzuteilen, daß sich der französische Arbeitsminister Godart, der in Warschau vor einigen Tagen einen Vertrag über die Einwanderung polnischer Arbeiter nach Frankreich unterzeichnete, mit maßgebenden polnischen Persönlichkeiten über die Zukunft Danzigs unterhalten hat. Arbeitsminister Godart soll seine in Warschau gewonnenen Eindrücke im französischen Kabinettsrat ausführlich mitgeteilt haben. In diesem Zusammenhang führt General Cugnac folgendes an: „In militärischer Hinsicht muß Danzig der polnischen Regierung alle nur denkbaren Garantien bieten, denn wir dürfen nicht vergessen, daß Frankreich die Versorgung Polens im Falle eines Krieges zwischen Polen und Rußland auf sich nehmen muß. Die französischen Operationen werden sich in Kriegsfällen zwischen Cherbourg und Warschau über Danzig entwickeln. In diesem Sinne wird Frankreich die polnischen Wünsche unterstützen." Der französische General verlangt, daß in Danzig ein Völkerbundskommissar eingesetzt werde, der die Situation besser begreift, als der frühere englische Offizier Mac Donall, mit anderen Worten, der in Danzig nicht die Interessen

Nun gilt es.

Nun gilt es: nun zeig', daß du stark bist!
Die Zähne zusammen!
und durchgerungen!
Klagen und Traurigsein hilft zu nichts
und macht nur müde!
Das Leben ist Krieg ...
Das alte Lied!
Um eine Stunde Frieden zu haben
am späten Abend,
gilt es, zehn
im Kampf zu stehn!
Das ist so und wird wohl immer so bleiben!
Ud manchmal denk' ich sogar: es sei gut!
Also Mut
und Glauben und fröhlich geblieben!
Es soll uns noch lange nicht unterkriegen!

Caesar Flaischlen.

Gelegenheit zu sparen haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in **Anzügen, Mänteln, Gummimänteln, Lodenjoppen, Windjacken u. Arbeitshosen** bei mir decken.
Franz Gratz, Herren- u. Burschenkonfektion, Pforzheim, Lang. St. 78, 1 Tr.

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg!

Schönes Haar erzielen Sie durch 14tägiges Haarwaschen mit dem feinduftenden Kopfwaschpulver **Hellpon**, welches auch gegen Schuppen und Haarausfall sicher wirkt. Ein Päckchen um 20 Pfg. enthält zwei Waschungen. Ueberall erhältlich, aber sich nichts Anderes aufreden lassen, denn es gibt nichts Ebensogutes wie Hellpon! Von dessen Vorzügen sollten auch Sie sich überzeugen.

der „freien Stadt", sondern die Frankreichs und seines polnischen Vasallen vertritt.

Verzicht Englands auf die Befristung der Räumung Kölns.

Paris, 25. Febr. Wie in diplomatischen Pariser Kreisen verlautet, liegt seit heute abend das erste greifbare Ergebnis des französisch-englischen Meinungsaustausches vor. Frankreich hat sich auf die britischen Vorstellungen hin damit einverstanden erklärt, daß auf der Brüsseler Konferenz lediglich der Kontrollbericht und die Frage der Räumung Kölns behandelt wird. Die englische Regierung hat dafür ihre Forderung auf Festsetzung der Frist für die Räumung der Kölner Zone zurückgezogen. Die Sicherheits- und Garantiefrage wird einer besonderen Konferenz unter Beteiligung Deutschlands vorbehalten. Wie der „Temps" aus Brüssel erfährt, wird England vermutlich unmittelbar nach Beendigung der ersten Konferenz, die voraussichtlich Ende März in Brüssel zusammentritt, Frankreich und Belgien zu einer Aussprache über die Sicherungs- und Garantiefrage einladen.

Die britische Industrie fordert einen Dawesplan für Frankreich.

Der Reichsverband der britischen Industrie hat dem Schatzkanzler Churchill in einem Memorandum den Standpunkt der britischen Industrie in der Frage der interalliierten Schulden dargelegt. Unter Hinweis auf die schwere Belastung der Industrie durch die Kriegsschulden fordert der Reichsverband die Anwendung des Dawessystems auf Frankreich, damit England auf diesem Wege zu seinen berechtigten Ansprüchen komme. England sei Frankreich bereits weiter entgegengekommen, als der britischen Industrie zuträglich.

Die Hungersnot in Rußland.

Moskau, 25. Febr. Die Kommission Rykow, die mit der Untersuchung der Lage in den Hungergebieten Rußlands betraut ist, hat festgestellt, daß die Lage der Bauern in den Distrikten Kabarda, Morosowsk und Donez katastrophal ist. Das versprochene Getreide ist nicht herangeschafft worden. Die in Aussicht gestellten Geldsendungen kamen nicht rechtzeitig zur Auszahlung. Das für die Ernährung der hungernden Kinder bestimmte Geld wurde unterschlagen. Im Gouvernement Jenitzin hungern über 300 000 Bauern. In Astrachan kam es am 18. Februar zu Hungeraufständen der Arbeiter, die durch Militär niedergeworfen wurden. Die Sowjet-Regierung hat beschlossen, von der ehemaligen Kornkammer Rußlands, der Ukraine, Getreide einzuführen.

Geflügelseuchen.

Im Interesse der Verhütung der Einschleppung von Seuchen aus dem Ausland und ihrer wirksamen Bekämpfung im Lande selbst werden die beteiligten Kreise auf genaue Beachtung der im Staatsanzeiger Nr. 35 vom 7. Februar d. Js. enthaltenen Vorschriften und Abwehrmaßregeln hingewiesen.

Die Ortspolizeibehörden und Landjäger sind zu scharfer polizeilicher Ueberwachung des Verkehrs mit Geflügel, insbesondere zu regelmäßiger Kontrolle von Hausierhändlern verpflichtet.

Neuenbürg, den 25. Februar 1925.

Oberamt:
Amtmann Heckel.

Jubiläumssammlung des Württ. Landesverein vom Roten Kreuz.

Bis jetzt sind folgende Gaben eingelaufen: Betriebsleiter Seeger hier 5 ℳ, Dekan Dr. Megerlin hier 5 ℳ, Frau Rittberger hier 1 ℳ, Malermeister Binder hier 3 ℳ, Oberamtspfleger Kübler hier 5 ℳ, Stadtschultheiß Knodel hier 5 ℳ, durch Schultheiß Scheck, Waldrennach 90 ℳ, durch Schultheiß Langenstein, Conweiler 55 ℳ, durch Schultheiß Hartmann, Unterlengenhardt 11 ℳ, Gemeinde Gräfenhausen 50 ℳ, Stadtgemeinde Neuenbürg 100 ℳ, Kommerzienrat Schmidt hier 100 ℳ, Bez.-Akt. Koch hier 3 ℳ, Buchdruckereibesitzer Strom hier 5 ℳ, Gemeinde Langenbrand 20 ℳ, Gemeinde Schömberg 50 ℳ, Stadtgemeinde Herrenalb 75 ℳ, Sparkassenverwalter Kohler hier 5 ℳ, Gemeinde Engelsbrand 20 ℳ, Gemeinde Ottenhausen 30 ℳ, Obersekretär Schindelin hier 2 ℳ, durch Schultheiß Hoernle, Calmbach 5 ℳ, durch Schultheiß Boger, Oberniebelsbach 21 ℳ 60 ₰, Gemeinde Schwann 30 ℳ, Gemeinde Birkenfeld 40 ℳ, Fabrikant Vester, Birkenfeld 10 ℳ.

Allen Gebern spreche ich auf diesem Wege wärmsten Dank aus. Etwaige weitere Beiträge bitte ich in Bälde an die Bezirkssammelstelle Girokonto Nr. 61 der Oberamtssparkasse Neuenbürg abzuführen.

Neuenbürg, den 24. Februar 1925.

Der Bezirksvertreter des Roten Kreuz:
Oberamtmann Lempp.

Forstamt Herrenalb.

Steinakkord.

Am **Samstag, den 28. Februar, vorm. 11 Uhr,** wird auf der Forstamtskanzlei in Herrenalb das Brechen von etwa

1) 300 cbm. Steinen im Steinbruch VII 4 Klause,
2) 400 „ „ „ „ VII 2 Hirschwinkel unt. Bruch,
3) 100 „ „ „ „ VII 2 „ ob. Bruch,
4) 200 „ „ „ „ VI 18 Kohlwäldle,
5) 200 „ „ „ „ V 27 ob. und unt. Bruch,
6) 100 „ „ „ „ V 30

im öffentlichen Abstreich vergeben.

Feldrennach, Oberamt Neuenbürg.

Jagd-Verpachtung.

Die Jagd auf unseren beiden Markungen Feldrennach und Pfinzweiler, umfassend ca. 560 ha Feld und Wald, wird am **Samstag den 28. Februar d. Js., nachmittags 3 Uhr,** auf dem hiesigen Rathaus auf etwa 6 Jahre im öffentlichen Aufstreich verpachtet.

Liebhaber, unbekannte mit Vermögenszeugnissen neuesten Datums versehen, werden freundlichst eingeladen.

Den 20. Februar 1925.

Gemeinderat.

Neuenbürg.

Saatkartoffeln,

frühe blaue Odenwälder,
treffen in den nächsten Tagen ein. **B-stellungen** wollen **sofort** bei unseren Vereinsvorständen gemacht werden.

Bauernvereins-Lager.

Wollwaren

biete ich zu herabgesetzten Preisen in Ia Qualitäten an.

Strickwesten von Mk. 10.— an.

Joh. Kressel, Pforzheim.

Verkaufsstellen in:
Neuenbürg a. E.: Igenstraße 370,
Höfen a. E.: Langenbrander Straße.

Forstbezirk Hofstett
Post Bad Teinach.

Nadel-Stammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich am **Donnerstag, den 5. März 1925, vorm. 9 Uhr.** in Hofstett auf der Forstamtskanzlei:
Rotforchen: Langholz: Fm.: I. 260, II. 600, III. 433, IV. 106, V. 25, VI. 1. Sägb.: I. 22 Fm., II. 62, III. 33. Ta. u. Fi.: Langh.: Fm.: I. 172, II. 174, III. 326, IV. 158, V. 111, VI. 10. Sägb.: I. 47, II. 33, III. 16. Angebotsvordrucke und Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Obernhausen.
Unterzeichnete setzt eine

Nutz- und Fahrkuh

mit dem dritten Kalb dem Verkauf aus.

Ernst Wolfinger Witwe
bei der „Sonne".

Pfinzweiler.
Verkaufe eine gute

Nutz- und Fahrkuh

mit dem zweiten Kalb.

Berweck, Straßenwart.

Feldrennach.
Verkaufe einen

Backofen

für acht Laib Brot, auch zum Kochen geeignet, zum annehmbaren Preis.

Mitschele, Zimmermann.

Birkenfeld.
Einen guterhaltenen

Backofen

hat zu verkaufen
J. Schnürle b. d. „Sonne".

Wildbad.
Verkaufe eine zweijährige, weiße, hochträchtige

Ziege.

Karl Mundinger.

Pfannkuch

Stets frisch gerösteter

Kaffee

reinschmeckend
¼ Pfund
75 Pfennig.

Phanko-Kaffee
auserlesene Mischung
¼ Pfund-Paket
90 Pfennig.

Meßmer-Kaffee
allerfeinste auserlesene Mischung
½ Pfund-Paket
1.90

Verlangen Sie die bekannten **„Phanko"- und „Meßmer"-Packungen.**

Pfannkuch
G.m.b.H. & Co.

Arnbach.
Ein 1½ jähriges

Zucht-Rind

hat zu verkaufen
Christian Hermann.

Schwann.
Suche zum sofortigen Eintritt einen zuverlässigen

Fuhrmann.

Eugen Aldinger.

Höfen a. E.
Guterhaltenes

Fahrrad

verkauft
W. Knöller, Uhrmacher.

Preis-Aufgabe.

LNÖK
AUNMEIL
SEESN
PEIGZIL

Bei richtiger Umstellung ergeben die vier Worte bekannte deutsche Städte. Die Anfangsbuchstaben derselben müssen, von oben nach unten gelesen, das Wort **Kiel** ergeben.

Eine große Anzahl Preise im Gesamtwerte bis

40 000.00 G.-M.

bringen wir gratis zur Verteilung.

Ihren Preis erhalten Sie ohne Eingehen eines Risikos ganz bestimmt.

Die Einsendung der Lösung verpflichtet Sie zu nichts, senden Sie uns dieselbe in verschlossenem, richtig frankiertem Briefumschlag. Ueber die Richtigkeit der Lösung und den **Ihnen zustehenden Preis** erhalten Sie nach Eingang Nachricht.

Der Lösung bitten wir für Drucksachen, Schreiblohn, Porto usw. Rückporto beizufügen. Selbstkosten 10 Pf.

Winkler & Co., G. m. b. H., Leipzig 1149.

Calmbach.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zu einem **Wohnhausneubau** für Herrn **Fr. Proß hier** sind die

sämtlichen Arbeiten

zu vergeben. Voranschläge und Pläne liegen beim Unterzeichneten auf.

Calmbach, den 26. Februar 1925.

Architekt **K. Junge**, B.D.A.,
im Gasthaus z. „Sonne".

Calmbach.
Sonntag, den 1. März

bei **Carl Bächtle,**
Wirtschaft und Bäckerei.

Beginn mittags 2 Uhr.

Zur Konfirmation

für Knaben:

Anzüge, 39.—, 29.—, **Anzugstoffe, Hüte** von ℳ 3.— **an, weiße Piqué-Hemden, Unter-Hosen, Kragen, Manschetten, Kravatten, Hosenträger, Handschuhe, Stiefel** von ℳ 9.80 **an.**

Für Mädchen:

Kleiderstoffe in verschiedenen Stoffen und Preislagen, **Kleider-Samt**, Meter 8.—, **Hemden, Prinzeßröcke, Hemdhosen, Untertaillen, Reformbeinkleider, Corsetts, Leibchen, Strümpfe, Handschuhe, Taschentücher, Stiefel** von ℳ 9.— **an.**

Regenschirme von ℳ 5.— **an, Gesangbücher** mit und ohne Schloß, **Geschenk-Artikel** in jeder Preislage, **gute Bücher** für Knaben und Mädchen. — **Warme Unterkleidung.**

Wilh. König, Herrenalb.

Parkett- und Fuß-Böden

werden geliefert und verlegt, alte Böden repariert und neu hergestellt. Postkarte genügt.

Stefan Volk, Spezialgeschäft,

Karlsruhe, Schützenstraße 61.

Wer verkaufen will, muß inserieren.